

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2738  
des Abgeordneten Dennis Hohloch (AfD-Fraktion)  
Drucksache 7/7544

### **Verweigerung der Zahlung des Rundfunkbeitrags in Brandenburg 2018 bis 2022**

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Dem Jahresbericht 2021 des Beitragsservices von ARD, ZDF und Deutschlandradio ist zu entnehmen, dass am 31. Dezember 2021 von knapp 46 Millionen Beitragskonten ca. 3,01 Millionen in einer Mahnstufe geführt oder gegen ihre Inhaber bereits Vollstreckungsmaßnahmen durchgeführt wurden.<sup>1</sup> Nach Auskunft der Sächsischen Staatsregierung befanden sich zum Ende des Jahres 2022 in Sachsen mehr als 150 000 Beitragskonten im Mahnstatus.<sup>2</sup>

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie viele Beitragskonten von Haushalten und Betrieben (bitte gesondert auflühren) in Brandenburg befanden sich in den Jahren 2018 bis 2022 (jeweils am Jahresende) im Mahnstatus?

Zu Frage 1: Die Landesregierung hat Erkenntnisse über die Jahre 2019, 2020 und 2021. Diese liegen mit Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1268 (Drs. 7/3637) vor. Hinsichtlich der fehlenden Informationen zu den Jahren 2018 und 2022 ist der Fragesteller an den rbb zu verweisen.

2. Gegen wie viele Haushaltsvorstände bzw. Betriebsinhaber wurde in den Jahren 2019 bis 2022 wegen Nichtzahlung des Rundfunkbeitrags die Zwangsvollstreckung betrieben?

Zu Frage 2: Darüber liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Es gibt keine Berichtspflicht der Kommunen über Vollstreckungsangelegenheiten.

3. Falls der Landesregierung zur Frage 2 keine Kenntnisse vorliegen sollten: Wie viele Vollstreckungsersuchen wurden vom RBB diesbezüglich gestellt?

---

<sup>1</sup> Vgl. ARD, ZDF, Deutschlandradio, Beitragsservice: Jahresbericht 2021, Köln 2022, S. 21; im Netz abrufbar unter: [https://www.rundfunkbeitrag.de/der\\_rundfunkbeitrag/beitragsservice/index\\_ger.html?highlight=jahresbericht](https://www.rundfunkbeitrag.de/der_rundfunkbeitrag/beitragsservice/index_ger.html?highlight=jahresbericht), letzter Zugriff am 11.04.2023.

<sup>2</sup> Vgl. Antwort der Sächsischen Staatskanzlei auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Gahler (Drs. 7/12716).

4. Auf welche Summen beliefen sich die Beitragsrückstände in den genannten Jahren jeweils insgesamt?

Zu den Fragen 3 und 4: Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

5. Gegen wie viele Personen in Brandenburg wurde im Rahmen der Zwangsvollstreckung von Beitragsforderungen in den Jahren 2019 bis 2022 Erzwingungshaft zur Abgabe der Vermögensauskunft angeordnet?

Zu Frage 5: Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

6. Wie viele Klagen gegen den Rundfunkbeitrag waren in den Jahren 2018 bis 2022 an den Brandenburger Verwaltungsgerichten anhängig? Bitte nach Jahren, Gerichten und Art der Kläger sowie unterteilt in natürliche und juristische Personen aufschlüsseln!

Zu Frage 6: Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.